

5. Februar 2026

Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst der Länder – Protest in Stuttgart

Die klare Ansage: Kein Abschluss ohne angemessenes Angebot

Mehr als 4800 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes haben heute (05.02.2026) mit einem Protestmarsch rund um die Stuttgarter Innenstadt für mehr Geld und bessere Arbeitsbedingungen demonstriert.

Bei der anschließenden Kundgebung im Oberen Schlossgarten warf BBW-Chef Kai Rosenberger den Verhandlungsführern der TdL vor, sie blockierten mit ihrer Blockadehaltung bei den Verhandlungen die Funktionsfähigkeit des Landes. Schließlich seien die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Grundlage für einen handlungsfähigen Staat. An „die da oben“ gerichtet sagte er warnend: „Ohne uns läuft dieser Laden nicht!“

Die zweite Verhandlungsrunde habe gezeigt, dass die Arbeitgebenden offenbar immer noch nicht verstanden haben, dass es den Gewerkschaften mit ihren Forderungen ernst ist, sagte Andreas Hemsing, Zweiter Vorsitzender des dbb und Fachvorstand Tarifpolitik. Ergänzend fügte er hinzu: „Solange es von Seiten der Arbeitgebenden kein angemessenes Angebot gibt, kann es keinen Abschluss geben! Wir fordern sieben Prozent, mindestens 300 Euro und 20 Prozentpunkte mehr bei den Zeitzuschlägen.“

BBW-Chef Kai Rosenberger präzisierte: Die Arbeitgeber hätten die Forderung „astronomisch“ genannt. Astronomisch sei jedoch anderes, nämlich die Mietkosten, die Preise im Supermarkt, kurz gesagt: die Lebenshaltungskosten. Groß sei aber auch die Enttäuschung über die öffentlichen Arbeitgeber. Sie verhielten sich so, als wäre der Fachkräftemangel plötzlich verschwunden.

Das Argument leerer Kassen ließ Rosenberger nicht gelten. Das Geld sei da, sagte er mit dem Hinweis auf steigende Steuereinnahmen. Geld werde nur an der falschen Stelle ausgegeben. Die öffentlich Beschäftigten aber verlangten zurecht mehr Geld. Reallohnverluste seien nicht hinnehmbar, das müsse allen klar sein.



Klar sei aber auch, so der BBW-Vorsitzende, dass dieser Tarifvertrag nur der erste Schritt sei. Dem müsse die 1 zu 1 Übertragung des Ergebnisses für die Beamten und die Versorgungsempfänger folgen, ohne Abstriche und ohne Tricks. In Richtung Potsdam sagte er eine Woche vor Beginn der dritten Verhandlungsrunde mahnend: „Sollte die TdL wieder mit leeren Händen kommen, sollten sie uns wieder hinhalten, dann ist Schluss mit lustig. Dann droht flächendeckend Streik.“

Joachim Weschbach von der bbw jugend erwartet ein klares Bekenntnis zu den Nachwuchskräften: „Den Fachkräftemangel bekommen wir nur in den Griff, wenn wir den öffentlichen Dienst auch für den Nachwuchs attraktiv machen. Auszubildende müssen nach erfolgreicher Ausbildung unbefristet übernommen werden. Auch während der Ausbildung müssen sie sich auf die Unterstützung der Arbeitgebenden verlassen können. Deshalb erwarten wir ein kostenloses Deutschland-Ticket oder einen Tankzuschuss in Höhe von 50 Euro.“

Parallel zu der Protestveranstaltung in Stuttgart hatte der dbb die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg zu einem landesweiten Warnstreik aufrufen.